

# Gießener Echo

## Kommunistische Zeitung für Gießen

Nr. 3

November / Dezember 1970

Schutzgebühr DM 0,30

### Sozialer Wohnungsbau in Gießen - für wen?

Im ganzen Bundesgebiet mit Ausnahme von Hamburg und München sind auf Betreiben der CDU/CSU durch die „Lücke-Gesetze“ das Mieterschutzgesetz, das Gesetz über Mietpreisbindung und das Gesetz über Wohnraumbewirtschaftung weggefallen. Die Mieten müssen „frei“ vereinbart werden, was zu einer Wohnungsknappheit ohnegleichen und zu Mietsteigerungen um 70 % in den Jahren von 1962 bis 1969 geführt hat. Einziger Schutz gegen willkürliche Kündigungen bietet der § 556 a BGB, den kinderreiche Familien und ältere Bürger beanspruchen können. Aber dieser Paragraph wirkt wie ein Bumerang. Er hat dazu geführt, daß Vermieter nur noch schwer oder gar nicht an Kinderreiche und Alte vermieten, um ihre Profite auch weiterhin ungestört steigen lassen zu können. Nirgends zeigt sich das unmenschliche Gesicht der Profitwirtschaft so unverhüllt wie im Wohnungswesen. Der soziale Charakter eines Landes und seiner Regierung wird nicht zuletzt daran gemessen, welchen echten Schutz sie vor der Willkür und der Bereicherungssucht der Bodenspekulanten, der Baukonzerne und der kapitalistischen Baubesitz-Gesellschaften verschafft. Gerade die, die dieses Schutzes am notwendigsten bedürfen, sind der steigenden Preis- und Mietwelle am stärksten ausgesetzt.

Unter den beim Gießener Wohnungsamt gemeldeten Familien, die eine Wohnung suchen, befinden sich allein mehr als 1400 Dringlichkeitsfälle, Familien, die unter unzumutbaren, oft unmenschlichen Bedingungen leben müssen, weil sie die Preise der auf dem freien Markt angebotenen Wohnungen nicht bezahlen können. Auch für junge Ehepaare, die nicht viel Geld zur Verfügung haben, ist es fast unmöglich, eine annehmbare Wohnung zu annehmbarem Preis zu bekommen. Zwar gibt es auch in Gießen eine Anzahl Wohnungen mit billigen „Sozialmieten“. Aber wie kommt man ohne Beziehungen an eine solche Wohnung?

Wir haben gerade hier einige interessante Feststellungen gemacht. Nehmen wir z.B. die Häuser, die von der Stadt Gießen, der Wohnbau Gießen GmbH und der Gemeinnützigen Baugenossenschaft 1894 in der Friedensstraße, am Kugelberg, in der Gnauthstraße, auf der Ringallee und am Asterweg gebaut wurden. Während die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die ihrem Einkommen entsprechend Anspruch auf Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau haben, vergeblich nach einer Wohnung suchen müssen, deren Miete für sie erschwinglich ist, wohnen nach dem Gießener Adressbuch in den oben genannten Häusern 6 Amtmänner, 4 Lehrer, 2 Amtsräte, 3 Studienräte, 1 Rektor, 2 Oberstudienräte, 1 Oberstudiendirektor, 1 Oberamtsrat, 1 Regierungsrat und 1 Bundesbahnoberbaurat, die alle ein erheblich höheres Einkommen als der Bevölkerungsdurchschnitt haben und die als Mieter des Sozialen Wohnungsbaus nicht mehr zu rechtfertigen sind. Es wäre auch zu überprüfen, ob die Mieter der drei Häuser im Lärchenwäldchen von der Wohnbau Gießen GmbH, die 2 Studienräte, 1 Amtratsrat, 1 Stadtrat, 1 Reg.-baurat, 1 Landwirtschaftsrat, 1 Obervermessungsrat, 2 Oberstudienräte, 2 Majore, 2 Generale, 1 Landgerichtsdirektor, 1 Musikdirektor, 1 Reg.-Baudirektor, 5 Ärzte und Fachärzte und 3 Professoren gemäß ihrem Einkommen auf den Sozialen Wohnungsbau angewiesen sind, der ihnen nicht nur tragbare Mieten, sondern auch Schutz vor willkürlichen Kündigungen und Mieterhöhungen bietet. Noch deutlicher wird dieses Mißverhältnis, wenn man sich vor Augen führt, daß in anderen Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus

Leiter städtischer Ämter und Dienstvorsteher der Bundesbehörden wohnen. Und auf der anderen Seite gibt es ungezählte Arbeiterfamilien in Gießen, die entweder gezwungen sind, die ständig steigenden Mieten der sogenannten frei finanzierten Wohnungen zu bezahlen oder auf engem Raum unter unzumutbaren Verhältnissen leben müssen: menschliches Zubehör zu zwei Warenmärkten des Profits, dem Arbeitsmarkt und dem Wohnungsmarkt.

Wir fordern:

Die Vergabepolitik der Sozialwohnungen muß unter öffentlicher und demokratischer Kontrolle von aus der Bevölkerung gewählten Ausschüssen, die ihren Wählern öffentlich rechenschaftspflichtig sind, gestellt werden. Die Forderung nach erhöhter Miete für Mieter, deren Einkommen über der bereits großzügig bemessenen Grenze für den Sozialen Wohnungsbau liegen, verkennt die Notlage auf dem Wohnungsmarkt und ist in keiner Weise geeignet, denen, die am dringendsten eine erschwingliche Wohnung benötigen, zu ihrem Recht zu verhelfen.

Es müssen mehr Wohnungen gebaut werden, deren Finanzierung nicht durch höhere Steuern zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, sondern nur durch höhere Besteuerung der großen Monopole und eine drastische Beschneidung der Militärausgaben gesichert werden kann.

Die Mieten müssen unverzüglich aus der kapitalistischen Preisspekulation herausgelöst werden.

Wir fordern einen Preisstopp für Mieten und deren schrittweise Reduzierung, bis sie auf dem Stand von nicht mehr als 10 % eines Familieneinkommens angelangt sind. Bis dieser Stand der Mieten erreicht ist, muß das Wohngeld so erhöht werden, daß der Satz von 10 % Mietanteil am Einkommen erreicht wird.

(Lesen Sie weiter auf Seite 2)

### In dieser Nummer:

Mieten- und Preisstopp - Seite 2

Rückblick und Ausblick - Seite 3

Veranstaltungen - Seiten 4 und 5

„Linke“ FDP-Wähler - Seite 5

Gewerkschaftsjugend - Seite 6

Lehrlinge - Seite 7

Griechische Antifaschisten - Seite 7

Neonazismus - Seite 8

Mit den Arbeitern für die Arbeiter

DKP



Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat die DKP Gesetzentwürfe für einen Mieten- und Preisstopp ausgearbeitet, die Sie durch Ihre Unterschrift unterstützen sollten. Tausende hessischer Bürger haben bereits unterzeichnet, haben sich mit den Teilnehmern der Hausbesetzungen in Frankfurt und in anderen Städten solidarisiert. Helfen Sie mit: für eine gerechte Vergabe der Sozialwohnungen, für einen Preis- und Mietenstopp, der verhindert, daß die erkämpften Lohnerhöhungen durch steigende Preise und Mieten wieder zunichte gemacht werden. Teilen Sie uns mit, wo Großverdiener die Vorteile des Sozialen Wohnungsbaus für sich in Anspruch nehmen, wo Wuchermieten verlangt werden. Unterstützen Sie durch Ihre Unterschrift die Gesetzentwürfe der DKP für den Preis- und Mietenstopp! Wir werden in den nächsten Ausgaben des Gießener Echo weiter darüber berichten!

„Bitte, wo wohnt hier der Oberregierungsrat?“ – „Da müssen Sie mir schon den Namen sagen, davon wohnen hier nämlich eine ganze Menge!“

# Das sind die Gesetzentwürfe der DKP

## Gesetz für den Mietenstopp

### Artikel 1

Im Bereich des Landes Hessen werden die Lücke-Gesetze ab sofort aufgehoben. Mietberechnungen nach dem kapitalistischen Profitsystem sind verboten.

### Artikel 2

Ab sofort gilt ein Mietenstopp. Mieterhöhungen sind untersagt.

### Artikel 3

Bodenspekulation wird unter Strafe gestellt. Spekulationsgewinne werden eingezogen und dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

### Artikel 4

Es wird eine Kommission gebildet aus Gewerkschaftsvertretern, Abgeordneten, Vertretern der Mieter und ihrer Verbände. Sie erhält das Recht, Vorbereitungen zu treffen, um die Mieten auf 10-12% des durchschnittlichen Monatseinkommens zu senken.



## Gesetz für den Preisstopp

### Artikel 1

Im Bereich des Landes Hessen wird ein Preisstopp für alle auf dem Markt angebotenen Waren und Dienstleistungen verfügt.

### Artikel 2

Die Preisbindung der zweiten Hand wird aufgehoben.

### Artikel 3

Alle staatlich beeinflussbaren Preise (Wasser, Gas, Elektrizität, Verkehrstarife, Dienstleistungen) werden sofort gestoppt.

### Artikel 4

Es wird eine Preiskontroll-Kommission gebildet, die aus Vertretern der Verbraucher und ihrer Verbände sowie landwirtschaftlicher Genossenschaften, Gewerkschaftern, Abgeordneten und Wissenschaftlern besteht.

## Geben Sie Ihre Unterschrift gegen Mietwucher und Preistreiberei

Hier abtrennen und einsenden an: Deutsche Kommunistische Partei – Kreisvorstand Gießen, p.A. Ria Deeg, 63 Gießen-Wieseck, Keßlerstraße 3



Ich unterstütze die DKP-Gesetzentwürfe für Mieten- und Preisstopp:

Name:

Anschrift:

Unterschrift:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

# Rückblick und Ausblick

Fortsetzung

Ria Deeg

(In der vorigen Ausgabe des GIESSENER ECHO brachten wir die Entwicklung bis 1945.)

## Nach der „Befreiung“

Alle Aufklärungsversuche und Opfer der KPD hatten nichts genützt – der Zusammenbruch war ein vollkommener. 75 % Gießens waren zerstört. Unsere Genossen aus dem Stadt- und Landkreis Gießen kamen krank und elend aus den Zuchthäusern, Gefängnissen, KZs oder aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Die besten Kader unserer Partei waren zerstört. Die letzte Wahl vor Hitlers Machtantritt hatte deutlich gemacht, wie stark sich die Bevölkerung in unserem Kreisgebiet von den Naziparolen hatte vernebeln lassen. Nach April 1937 – als man die letzte illegale kommunistische Widerstandsgruppe in Gießen verhaftete und zu langjährigen KZ- und Zuchthausstrafen verurteilte, (28 Jahre Zuchthaus und KZ für die 6 Angeklagten) war von organisiertem Widerstand, der sich in Flugblatt- oder ähnlichen Aufklärungsaktionen äußerte, nicht mehr die Rede. Die Kader waren von der Gestapo zerschlagen und hinter Gittern. Die Besetzung unseres Kreises durch die Amerikaner Anfang April 1945 brachte noch keine politische Befreiung. Lt. Kontrollratsgesetz waren Wieder- und Neugründung von Parteien verboten, es herrschten Ausgangssperre und das Verbot, sich mit mehr als 5 Personen zu versammeln. – Das dauerte bis September 1945. – Natürlich wartete die KPD nicht erst auf diese offizielle Erlaubnis. Schon einige Tage nach dem Zusammenbruch trafen sich Kommunisten und Sozialdemokraten illegal in Wohnungen und Keller-ruinen, um über die vor ihnen stehenden Probleme gemeinsam zu beraten. Bei allen Beteiligten stand fest, daß man nicht mehr getrennt, sondern gemeinsam in einer Partei marschieren würde. Die Verwirklichung scheiterte vorläufig noch an den Kontrollratsbestimmungen. In Wieseck gab es bei einer solchen illegalen Zusammenkunft eine Reihe von Verhaftungen durch die Amerikaner. In Wieseck, Altenbuseck, Trohe, Krofdorf-Gleiberg, Rödgen, Hausen, Londorf, Garbenteich, Lich, Leihgestern, Wissmar, Watzenborn-Steinberg und anderen Orten wurden illegale Ortsgruppen und Stützpunkte gegründet. Überall war man sich mit den SPD-Mitgliedern einig, daß man die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und es kein zweites 1933 mehr geben dürfe. Man hatte aus den Fehlern der Vergangenheit und der unglückseligen Spaltung der beiden Arbeiterparteien gelernt und wollte die Einheit. Auch die SPD versammelte sich und lud die Kommunisten dazu ein. Auch hier wiesen unsere Genossen immer wieder darauf hin, daß es nie mehr ein Gegen-, sondern nur noch ein Miteinander geben könne. Der Wille dazu war bei der SPD- und KPD-Mitgliedschaft gleichstark. Das tausendjährige Reich hatte allen schmerzhaft klargemacht, daß nur gemeinsames Wollen und Handeln stark macht, das gemeinsame Ziel – den Sozialismus – (das stand ja damals noch für die SPD) zu erreichen.

## Niederlage für die rechten Studentengruppen

Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Gießen, die im November stattfanden, mußten die rechten Studentengruppen RCDS und GSU (Gießener Studenten-Union) eine schwere Niederlage hinnehmen. So blieben die beiden reaktionären Gruppen mit zusammen weniger als einem Drittel der Stimmen weit abgeschlagen und verfügen künftig zusammen nur über 9 Sitze von 30 Sitzen des Studentenparlaments. Im einzelnen erhielten der Sozialdemokratische Hochschul-Bund (SHB) („Selbstbestimmung in Hochschulen und Betrieben“) 25,3 % der gültigen Stimmen (8 Sitze), die Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaft 18,7 % (6), die Sozialistische Front – SPARTAKUS („Marx an die Uni!“) 15,8 % (5), die Studiengruppe Erziehung und Wissenschaft (SEW) 9,0 % (2). Die rechten Gruppen: GSU 22,4 % (7), RCDS 8,7 % (2). Damit können die fortschrittlichen Studentengruppen gestärkt ihre Hochschulpolitik weiterführen.

In einer von über tausend Menschen besuchten ersten öffentlichen und genehmigten Versammlung in der alten Universitäts-Aula, gemeinsam von SPD und KPD im Oktober 1945 einberufen, wurde der Wille nach einer Einheitspartei immer wieder vorgetragen. Von der KPD sprach Fritz Heckert, von der SPD Dr. Gumbel, der Sprecher und verantwortliche Funktionär der Gießener SPD. Der KPD wurde ein Briefwechsel bekannt zwischen dem Landesvorstand der SPD-Ffm., der es ablehnte, zu dieser ersten öffentlichen Versammlung einen Referenten zu schicken, da er eine gemeinsame Veranstaltung mit der KPD ablehne.



Die UZ - „Unsere Zeit“ erscheint wöchentlich zum Preis von DM 0,50 und ist an Gießener Kiosken erhältlich!

Auch Dr. Gumbel muß von Anfang an von einer Zusammenarbeit mit der KPD nicht viel gehalten haben, denn er hatte, kaum 2 Wochen nach Einmarsch der Amerikaner, wahrscheinlich im Auftrag derselben, eine Liste von SPD-Genossen zusammengestellt, die er mir, einer ehemaligen Genossin der SPD (ich trat 1932 der KPD bei), zeigte. Ich war erstaunt und empört, denn in den laufend stattfindenden illegalen Zusammenkünften der SPD- und KPD-Genossen war immer nur vom gemeinsamen Wollen und Handeln die Rede. Von mir auf diesen Widerspruch hingewiesen, meinte Dr. Gumbel wegwerfend: „Ach, daraus (Einheit) wird ja doch nichts. Wir hätten Dich ja gerne in die Verwaltung eingebaut, aber Du bist ja Mitglied der KPD.“ In der einige Tage später stattfindenden illegalen Zusammenkunft der Funktionäre beider Parteien machte ich hiervon Mitteilung. SPD- und KPD-Genossen waren empört über die Hinterhältigkeit und wollten kaum daran glauben. Gumbel war zu dieser Aussprache nicht erschienen. Wie wenig ernst es der SPD-Führung mit ihren Gemeinschaftsbeteuerungen war, zeigte ein Jahr später, am 26. und 30. April 1946, ein Schriftwechsel zwischen den Ortsvorständen der SPD und KPD (liegt vor), in welchem die KPD eine Gemeinschaftsliste zu den Stadtverordneten-Wahlen vorschlug, was von der SPD, vertreten durch Josef Maier, abgelehnt wurde. Unter der Führung von Kurt Schumacher – Führer der SPD nach 1945 – ging die SPD vollends auf Antikommunisten-Kurs. Langsam und widerstrebend ging die Mitgliedschaft der SPD auf diesen Kurs ein. Sie ließ sich von ihren Führern gängeln wie schon so oft. Dabei waren gute Ansätze zum gemeinsamen Handeln vorhanden gewesen. In den Antifaschistischen Ausschüssen, die 1945 gegründet wurden und die die provisorische Verwaltung in ihrer Arbeit, wie Sicherstellung der Ernährung, des Verkehrs, der Entnazifizierung, der Trümmerbeseitigung und des Aufbaues anleiteten und unterstützten, waren Vertreter der SPD, KPD und anderer politisch nicht belasteter Bürger vertreten. Ihre Arbeit war schwer, und die Ausschüsse existierten nicht lange. Die Bevölkerung stand den Antifa-Ausschüssen abwartend und z.T. feindlich gegenüber, denn das deutsche Volk hatte sich ja nicht selbst von Nazismus und Militarismus befreit, sondern war „befreit“ worden. Das merkte man auf Schritt und Tritt. Die Menschen standen fassungslos vor dem Chaos, obwohl sie doch immer bereit gewesen waren „zu marschieren, bis alles in Scherben fällt“. Das machte den Neubeginn so schwierig und denen, die ihn wagten, das Leben so schwer. In diesen Antifaschistischen Ausschüssen wurden die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die Arbeiterwohlfahrt in Gießen aufgebaut. Die Kommunisten hatten inzwischen erkennen müssen, daß die Forderung nach einer Einheitspartei nicht ohne weiteres zu verwirklichen war. Vorher mußten noch eine Menge ideologischer Unklarheiten in den Köpfen der Menschen beseitigt werden. Nach der Kapitulation sprachen alle Parteien, die SPD und auch die CDU, vom Sozialismus. Schumacher sprach vom Jahrhundert des Sozialismus. Die KPD sagte: Entfernung der Trümmer, Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherung der Ernährung, Kleidung und lebensnotwendiger Dinge, einschließlich der Kultur, das sind die nächsten brennenden Probleme, die wir zuerst bewältigen müssen. Der Schwarzhandel blühte, Schiebung von Lebensmitteln, Textilien usw. waren an der Tagesordnung, während die Bevölkerung

hungerte. In den Geschäften konnte man gegen Bezugscheine, die auf Antrag vom Ernährungs- und Wirtschaftsamt ausgestellt wurden, nichts bekommen, es sei denn, man hatte etwas zum kompensieren, d.h. etwas zum Tausch anzubieten.

Da dies die breite Masse der Bevölkerung in den wenigsten Fällen konnte, ging sie leer aus, und die Schieber machten die Geschäfte. Auch hier waren es bezeichnenderweise wieder diejenigen, die den Nazis treu Gefolgschaft geleistet hatten. Hin und wieder wurde ein geheimes Lager ausgeräumt und an die Bevölkerung verteilt, doch das war sehr selten. Die Korruption war unheimlich groß, die politische Gegnerschaft stark und tief verwurzelt.

Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus wurde Anfang 1946 durch die alliierte Militärregierung genehmigt. Es sah zum erstmalig die Beteiligung deutscher Behörden bei Durchführung der politischen Säuberung vor. Alle Deutschen über 18 Jahre mußten aufgrund des Gesetzes einen Fragebogen ausfüllen. 131 Fragen mußten beantwortet werden.

Artikel I, Abschn. 1 lautete:

„Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur Sicherung dauernder Grundlagen eines deutschen demokratischen Staatslebens in Frieden mit der Welt, werden alle, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.“ Am 15. Mai 1946 nahm die Spruchkammer in Gießen ihre Tätigkeit auf.

(Die weitere Entwicklung lesen Sie in der nächsten Ausgabe.)

### Bonn will 1,7 Mrd. Mark mehr für NATO-Verstärkung zahlen

Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt (SPD) erklärte auf der 16. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung in Den Haag am 9.11.70: „Die Politik der Sowjetunion wird hauptsächlich von den Interessen des sowjetischen Staates bestimmt; es ist dies die Politik einer Status-quo-Macht, die bestrebt ist, ihre Interessensphäre zu erhalten und zu festigen . . . , die jedoch . . . keinen territorialen Gewinn in Europa anstrebt . . .“ (Bulletin der Bundesregierung, 11.11.70) „Die militärische Anwesenheit der USA auf dem europäischen Kontinent bleibt eine unentbehrliche Voraussetzung für die Wirksamkeit und Zuverlässigkeit dieser Kräftegemeinschaft (der NATO; die Red.) . . .“ (ebenda)

Bei dem Versuch, trotz des wachsenden inneramerikanischen Widerstandes die Stärke der in Europa befindlichen amerikanischen Besatzungstruppen um keinen Preis zu vermindern, war Schmidt bestrebt, „seine Partner zu konkreten Angeboten für ein ‚europäisches NATO-Verstärkungsprogramm‘ zu veranlassen“. (Frankfurter Rundschau, 11.11.70) Von der Bundesrepublik wären laut Schmidt im Rahmen dieses Programms an zusätzlichen „Verteidigungslasten“ 1,7 Milliarden Mark aufzubringen.

Schmidt gab also zu, daß von der Sowjetunion keine militärische, sondern höchstens eine politische „Bedrohung“ ausgeht. Ungeachtet dessen fordert er die ungeschmälerte Präsenz der USA-Truppen in Europa. Dafür sollen die Steuerzahler der Bundesrepublik zusätzlich zahlen.

Das „GIESSENER ECHO – Kommunistische Zeitung für den Stadt- und Landkreis Gießen“ soll in Zukunft monatlich einmal erscheinen.

Wenn Sie weiterhin die Zustellung des „GIESSENER ECHO“ wünschen, füllen Sie bitte diesen Abschnitt aus und senden Sie ihn an

Deutsche Kommunistische Partei  
Kreisvorstand Gießen  
p.A. Ria Deeg  
Gießen-Wieseck  
Kesslerstr. 3

Schutzgebühr und Zustellungsgebühr für eine Nummer werden zusammen DM 0,30 betragen.

### Bei der Bildungsreform ganz unten anfangen!

Der Bildungsbericht der Bundesregierung kam im Juni heraus, Mitte Oktober wurde er endlich im Bundestag diskutiert. Als vorrangige Aufgabe wurde die Bildungsreform bezeichnet. Die Verwirklichung des Reformprogramms würde mindestens 100 Milliarden DM kosten.

Besonders im Bereich der Elementarerziehung (Kindergarten, Vorschule) sind die Rückstände enorm. In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit etwa 14.500 Kindergärten, von denen mehr als zwei Drittel (etwa 70 Prozent) kirchliche Einrichtungen sind. Die vorhandenen Kindergartenplätze reichen nur für weniger als ein Drittel (für weniger als 33 Prozent) der Kinder zwischen drei und sechs Jahren aus. Jeweils etwa 700.000 Kinder dieser Altersgruppen können nicht aufgenommen werden. Außerdem sind nur 45 Prozent der im Vorschulbereich Tätigen qualifiziert ausgebildet.

In Frankreich besuchen 45 Prozent der Vierjährigen und 80 Prozent der Fünfjährigen die Spielschule. In der Sowjetunion besuchen 83 Prozent der entsprechenden Jahrgänge einen Kindergarten, in der Deutschen Demokratischen Republik 75 Prozent.

## VERANSTALTUNGEN

Zentrale Veranstaltung  
der DKP Hessen  
zum 150. Geburtstag von Fr. Engels  
Samstag, 5. 12. 1970 - 19 Uhr 30  
in Offenbach am Main  
im Theater an der Goethestraße

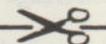
# Friedrich Engels und die Arbeiterbewegung heute

Es spricht Sepp Mayer,  
Vorsitzender der DKP Hessen

Es spielt  
das Volkstheater Rostock DDR

Karten zum Preis von 1 DM und 2 DM  
sind noch beim Kreisvorstand Gießen  
erhältlich

*Engels ehren -  
Partei ergreifen*



Ich abonniere das „GIESSENER ECHO – Kommunistische Zeitung für den Stadt- und Landkreis Gießen“

für ein halbes Jahr  
 für ein Jahr  
(bitte ankreuzen)

Name: .....

Anschrift: .....

Datum: .....

Unterschrift: .....

### Zur Situation der Studienbewerber :



„Mein Junge, den Mediziner schlag' dir aus dem Kopf, aber es gibt schließlich auch noch akademische Berufe ohne Numerus clausus.“

Bundesminister  
Prof. Leussink:  
„Nicht alle Studienbewerber können erwarten, einen Studienplatz in dem Fach ihrer Wahl zu erhalten, wenn sie nicht überlange Wartezeiten in Kauf nehmen wollen. Jeder einzelne Abiturient wird in den nächsten Jahren diese Umstände leider in die Überlegungen zur Berufswahl mit einbeziehen müssen.“

## Wahlkommentar für „linke“ FDP-Wähler

„Diesmal FDP wählen!“ so hieß die Devise – zwar nicht für die Rechten, die die FDP aus dem Hessischen Landtag „hinauskatapulieren“ und in Bayern nicht wieder in den Landtag einziehen lassen wollten, sondern für viele „Linke“, etwa bestimmte Gruppen fortschrittlicher Sozialdemokraten und antikapitalistisch eingestellter Studenten. Die Parole wurde beispielsweise auch von K.R. Röhl in der Zeitschrift „konkret“ ausgegeben und fiel offenbar auf fruchtbaren Boden, wie die Wahlergebnisse zeigen: Die FDP wurde gestärkt.

Dieser Erfolg einer durch und durch bürgerlichen Partei, die die FDP nun einmal ist – auch wenn die Vorstellungen einiger Jungdemokraten darüber hinausweisen – muß aber als das gesehen werden, was er ist: Ein zeitweiliges, durch die Absichten der Reaktion hervorgerufenen Anwachsens, das allein durch taktisches Verhalten bestimmter Gruppen (mit Ausnahme der bürgerlich-liberalen Stammwähler) zustande gekommen ist.

Dieses Taktieren mit der Stimme hat etwa in Gießen dazu geführt, daß hier die FDP 14,5 % (!) erreichen konnte, während die DKP, die die einzige politische Alternative zu den bürgerlichen Parteien darstellt, mit 1,7 % relativ bescheiden abschnitt. Dieses Wählerverhalten würde uns Kommunisten in Gießen nicht sonderlich wundern, wenn wir nicht wüßten, daß gerade in dieser Stadt unser Potential an Sympathisanten bedeutend höher ist, als das Wahlergebnis vortäuscht.

Schauen wir uns die Resultate in den Gießener Wahlbezirken an, so erkennen wir, daß wir in den Wohngebieten, wo vorwiegend Arbeiterfamilien wohnen, immerhin schon 3 bis 4 Prozent der Stimmen bekamen, während in Bezirken, wo viele Studenten wählten, das Ergebnis noch unter dem Durchschnitt lag: So erhielten wir etwa im Wahllokal Lesesaal des Studentendorfes, Eichendorffring, nur 0,9 % der Stimmen, während hier die FDP mit sogar 19,3 % überdurchschnittlich gut abschnitt.

## TERMINE

Mittwoch, 16. 12. 1970 – 20 Uhr

in der Aula der Universität  
Gießen, Ludwigstraße

„Einige Probleme des Kampfes  
gegen den modernen  
Revisionismus“

Referent: Dr. Robert Steigerwald

Diese Ergebnisse berühren uns Kommunisten deshalb besonders, weil wir sehen, daß unsere Politik bei Arbeitern verstanden wird, während bei jenen Studentenkreisen, die oft mit uns in gemeinsamen Aktionen gestanden haben und teilweise den Arbeitern das Klassenbewußtsein absprechen, leichtfertig die politische Überzeugung einer taktischen Überlegung geopfert wurde. (Viele Gespräche vor und nach der Wahl bestätigten diese Vermutung.)

Daß Wählergruppen die FDP stärken mußten, um der Bonner Koalition etwas Rückenwind zu geben, war notwendig. Hier mußten vor allem Sozialdemokraten und auch diejenigen, die links sein wollen, aber keine Marxisten sind, den verbleibenden liberalen FDP-Wählern helfen, was ja auch geschah. Daß aber auch Leute, die sich als Marxisten bezeichnen und von uns als Genossen angesprochen werden wollen, den ausreichenden Zuwachs für die FDP noch verstärkten, das können wir bestenfalls als das Verhalten kleinbürgerlicher „Sozialrevolutionäre“ bezeichnen. Einem der Arbeiterklasse verbundenen Marxisten hätte klar sein müssen, daß eine Stärkung der Deutschen Kommunistischen Partei, wenn auch diesmal nur bei Wahlen um ein bis zwei Stimmenprozente – wenn auch vielleicht nur in Gießen und ein paar anderen Städten, der kommunistischen Bewegung in der BRD neue zusätzliche Impulse und Ansatzpunkte für die weitere Arbeit gegeben hätte. Zwei Prozent weniger für die FDP: damit wäre immer noch dasselbe bewirkt worden. Aber dafür zwei Prozent mehr für die DKP, das hätte ungeheures Aufsehen erregt!

Die klassenbewußten Arbeiter wissen, daß ihre Lage durch die FDP kaum verändert werden kann; dagegen haben viele „revolutionäre“ Studenten mitgeholfen, eine FDP zu stärken, die sich aufgrund ihres unerwartet hohen Erfolges in Hessen in Fehleinschätzung ihrer neuen Wähler als konservative Bremse betätigen will und u.a. zunächst einmal das Universitätsgesetz ändern will, um wieder die bereits etwas eingeschränkte Macht der Professoren zu vergrößern. –

Wir Kommunisten werden – durch den Wahlkampf organisatorisch, mitgliedermäßig und politisch gestärkt – unsere Arbeit für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse unbeirrt fortsetzen.

Unterstützen Sie bitte unseren politischen Kampf mit einem finanziellen Beitrag!

Konto:

Deutsche Kommunistische Partei  
Kreisverband Gießen  
549 142  
Bezirkssparkasse Gießen

Mit den Arbeitern  
Für die Arbeiter!

# Gewerkschaftsjugend

Dieser Artikel wurde entnommen aus „Einzelheiten“, Zentralorgan der ÖTV-Jugend Gießen, Nr. 1.

## Vorspann

Der nachfolgende Bericht über die 20jährige Entwicklung der DDR scheint den meisten Lesern als überholt, obwohl nach meiner Sicht eine Aktualität nach wie vor gegeben zu sein scheint.

Aktualität für diesen Bericht scheint mir schon deshalb gegeben zu sein, weil die Kreisverwaltung und der ÖTV-Kreisvorstand diesen Bericht als behandlungswürdig für eine Vorstandssitzung ansahen. Der Kreisvorstand (bzw. einige im Kreisvorstand sitzende „Kollegen“) wollten die Ausgabe der ersten „Einzelheiten“ von einem Nichterscheinen des Artikels über die Entwicklung der DDR abhängig machen. Dieser Artikel scheint mir aufgrund seines politischen Gehalts eine Diskussionsgrundlage für alle Kolleginnen und Kollegen zu bieten, die für den Empfang der Jugendzeitung in Frage kommen. Von dieser Seite sollten meiner Ansicht nach die kritischen Anmerkungen zu dem folgenden Artikel kommen, denn die Kompetenz zur Stellungnahme kann der Jugend nicht von einem Organ, sprich Kreisvorstand, vorenthalten werden.

Meine abschließende Stellungnahme ist folgende:

1. Lest bitte den kurzen Entwicklungsbericht der DDR durch und nehmt zu seinem Inhalt Stellung.
2. Bildet Euch eine Meinung zum Verhalten des Kreisvorstandes der ÖTV und wandelt Eure Kritik in aktive Mitarbeit bei der Jugendarbeit des Kreisjugendausschusses um.
3. Sendet deshalb Stellungnahmen an den Kreisjugendausschuß und laßt Euch nicht durch die Scheinaktivität des Kollegen Vetter blind machen.

## XX Jahre DDR

von Wolfgang Koch

### Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung

Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik als Antwort auf die Gründung einer neokapitalistischen Wirtschaftsgemeinschaft in den Gebieten Westdeutschlands, die zu einer vereinigten Wirtschaftsgemeinschaft und später zum vorläufigen Staat „Bundesrepublik Deutschland“ zusammengeschlossen wurden, auf dem Gebiet der ehemaligen „Sowjetischen Besatzungszone“ (SBZ) von antifaschistischen Kräften gegründet.

Was war mit dem Zusammenschluß der Kommunisten und Sozialdemokraten zur SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) erreicht?

Durch die Vereinigung aller demokratischen Kräfte eines Staates wurde die Möglichkeit geschaffen, den antifaschistischen Kampf nicht mit dem 8. Mai 1945 (Zusammenbruch des Hitlerfaschismus) beendet zu sehen.

Es bot sich eine günstigere Möglichkeit an, die Ursachen für die Katastrophe 2. Weltkrieg zu untersuchen und zu beseitigen, als dies mit der Gründung der westdeutschen Lizenzparteien und der Konstituierung eines „demokratischen“ Kapitalismus bei uns in der Bundesrepublik möglich war.

Es galt, die Industriellen und Junker zu enteignen und wegen ihrer Verbrechen im 3. Reich vor Gericht zu stellen, die mit den gleichfalls verhafteten, aber nicht direkt kriegswirtschaftlich tätig gewesen hohen Nazifunktionären, von der Möglichkeit politischer Beeinflussung in Zukunft ferngehalten werden mußten.

In diesem Prozeß, in dem es in erster Linie um die Enteignung der einflußreichen Wirtschaftsbereiche ging, wurde die Grundlage für eine sozialistische und damit verbundene demokratische Entwicklung geschaffen.

Wie stand es um die Produktion und die Produktionsmittel?

Übernommen wurden von der Bevölkerung der DDR, nachdem die wichtigsten Industriezweige in Gemeineigentum überführt waren, nicht eine Anzahl von modernen Wirtschaftsbetrieben, sondern in aller Regel zerstörte Wirtschaftseinheiten, die der Kriegswirtschaft überwiegend gedient hatten. So standen vor 1945 auf dem damals überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Gebiet der DDR 3 Hochöfen, während in Westdeutschland 110 installiert waren. Unter diesen Bedingungen und ohne Marshallplan-Hilfen, wie sie der westdeutschen Wirtschaft zufließen, wurde unter harten Entbehrungen von einer sozialistischen Volksgemeinschaft ein Staat aufgebaut, der die höchste Produktivität innerhalb der Comecon-Länder aufzuweisen hat.

Neben dieser Ausgangsposition steht als entwicklungshemmend gleichzusetzende Negativposition die Wiedergutmachungsleistung in Höhe von ca. 100 Milliarden Mark an die UdSSR, welche die Bundesrepublik nicht zu erbringen hatte.

Folgende Wirtschaftsleistungen sollen zeigen, was die 17 Millionen in der DDR trotz der aufgezeigten Startschwierigkeiten und der negativen Einflüsse aus der westlichen Sphäre (z.B. Arbeitskräfteabwerbung) zustande brachten.

Die DDR steht der Fläche nach an 92. Stelle, der Bevölkerung nach an 29. Stelle, der industriellen Leistung nach heute an 10. Stelle in der Weltrangliste (5. in Europa). In der Pro-Kopf-Produktion der Chemie steht sie an 2. Stelle hinter den USA, in der Pro-Kopf-Erzeugung von Elektroenergie an der Spitze in Europa. Der Hektarertrag bei Getreide stieg von 25 Dezitonnen im Jahre 1963 auf 35 Dezitonnen 1968 und erreichte damit europäische Spitzenwerte; die durchschnittliche Milchleistung pro Kuh im Jahr stieg von 2 000 Litern im Jahre 1964 auf 3 334 Liter 1968.

Diese Leistungen wurden aufgrund des „Neuen ökonomischen Systems des Sozialismus“, das eine Synthese zwischen starrer zentraler Planung in den Hauptfragen und größter betrieblicher Eigenverantwortlichkeit darstellt, nach einer 20jährigen Entwicklung erreicht.

Daneben sind noch die vorbildlichen Sozialeinrichtungen (z.B. Kinderkrippen, Kindergärten und Tagesstätten, billige Wohnungen und Verkehrstarife) geschaffen worden, die zusammen mit dem vorbildlichen Schul- und Bildungswesen einen sozialen Fortschritt bedeuten, der bei uns nur zu wünschen ist.

Aus dieser Sicht muß man die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der DDR betrachten, um die Begeisterung der Massen verstehen zu können. Diese echte Freude und der damit verbundene Stolz der von der DDR-Bevölkerung während der Geburtstagsfeierlichkeiten ihrer Republik zum Tragen kam, kann man am besten begreifen, wenn man während dieser Tage in der DDR war und mit der Bevölkerung gesprochen hat. Dieser persönliche Eindruck läßt auch die von den westdeutschen Massenmedien aufgestellte These eines „negativen Nationalismus“ nicht zu, wenn man weiß, daß der Rationalismus die entscheidende Grundlage der politischen Willensbildung der DDR ist.

### Was bedeutet dieses von mir aufgezeigte Bild von der DDR für die Gewerkschaftsjugend?

Es gilt in erster Linie darauf hinzuwirken, daß der auf dem letzten Bundeskongreß des DGB in München gefaßte Antikontaktbeschuß aufgehoben wird.

Es gilt ferner, daß die Jugend der ÖTV innerhalb der Kreisverwaltung Gießen den Kreisvorstand der ÖTV auffordert, einen Beschluß zu fassen, der die offizielle Kontaktaufnahme mit dem FDGB, insbesondere der Gewerkschaft „Kommunalwirtschaft und Staatsorgane“ vorsieht.

Es gilt, die Forderung nach einer „De-jure-Anerkennung“, das bedeutet die völlige Anerkennung für die DDR, zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Forderungen zu machen.

Bis zur Realisierung dieser Vorstellungen muß die gewerkschaftliche Zusammenarbeit von Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen aus beiden deutschen Staaten über die fortschrittliche Kraft der ÖTV-Jugend entwickelt werden.

Heyligenstaedt:

## Betriebsleitung setzt Lehrlinge unter Druck

An den Anblick unerträglicher Zustände in der Berufsausbildung hatten sich auch die Herren der Betriebsleitung der Firma Heyligenstaedt gewöhnt. Es gab ja auch keinerlei Veranlassung, die sie aus ihren schönen Träumen nach immer höheren Profiten hätte wachrütteln können. Jahrelang brauchten sich diese Herren nur mit der richtigen Weichenstellung für größere Aufträge und somit höhere Profite zu beschäftigen. Bei solcher Zielvorstellung mußten zwangsläufig die notwendigen Veränderungen in der Berufsausbildung bei Heyco in Vergessenheit geraten.

Den Forderungen der Lehrlinge nach einer zeitgemäßen und zukunftsorientierten Ausbildung wurde aber erst ab dem Zeitpunkt ein wenig Aufmerksamkeit gewidmet, als aktive junge Gewerkschafter an den Gießener Berufsschulen eine Fragebogenaktion zur Situation in der Berufsausbildung durchführten. Hier wurde erstmals eine Dokumentation der Öffentlichkeit übergeben, in der festgestellt und durch mehrere Aussagen von Lehrlingen belegt wurde, daß auch die Ausbildung bei Heyco zu wünschen übrig läßt.

Da wurden die verantwortlichen Herren stutzig!



Hatten es Lehrlinge aus „ihrem“ Betrieb gewagt, die schlechten Zustände in der Ausbildung bei Heyligenstaedt anderen jungen Arbeitern und Lehrlingen mitzuteilen?

Aktiv wurden die Heyco-Bosse aber erst, als sich junge Kommunisten im GIESSENER ECHO mit der Ausbildungsmisere in diesem Betrieb beschäftigten und die jungen und älteren Kollegen aufforderten, für die Durchsetzung ihrer Interessen zu kämpfen. Hier witterten die Profitgeier Gefahr.

Schnelles Handeln war das Gebot der Stunde im Büro der Betriebsleitung. Nun sollte man glauben, daß alle seit längerer Zeit anstehenden und zwingend notwendigen Veränderungen im Interesse der Lehrlinge durchgeführt würden. Geld hierfür wäre jedenfalls vorhanden gewesen, wenn man die großen Gewinne der Bosse etwas geschmälert hätte.

Doch daran hatten die „feinen Herren“ wieder kein Interesse. Also entschieden sie sich für einen anderen Weg. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, und das sind nicht gerade wenige, versuchten sie, die kritischen Lehrlinge ausfindig zu machen, um sie einzuschüchtern und massiv unter Druck zu setzen.

Doch die Allmacht der Heyco-Bosse fand dort ihre Grenzen, wo die Lehrlinge sich zusammenschlossen und gemeinsam für ihre Überzeugung eintraten.

Als bei den Lehrlingen bekannt wurde, daß einige ihrer Kameraden von ihnen isoliert werden sollten, um dann von der Betriebsleitung nach altbekannter Methode als Rädelsführer fertiggemacht zu werden, übten sie praktische Solidarität: Sie stellten sich geschlossen hinter die vorgebrachte Kritik und übernahmen gemeinsam die Verantwortung.

Nur so konnten sie verhindern, daß stärkere Repressalien gegen einige Lehrlinge angewandt wurden.

Wir werden im nächsten GIESSENER ECHO weitere Einzelheiten zur Ausbildungssituation bei Heyco und anderen Gießener Ausbildungsbetrieben berichten.

Kolleginnen und Kollegen!

Wenn Ihr zu diesem Problembereich oder anderen Mißständen in den Betrieben einen Beitrag liefern wollt, so setzt Euch bitte mit der Redaktion des GIESSENER ECHO, per Adresse Ria Deeg, 63 Gießen-Wieseck, Kesslerstr. 3, in Verbindung!

Wir werden uns bemühen, alle uns zugehenden Informationen für eine positive Veränderung in Betrieb und Gesellschaft zu verwenden.

Wir schlagen Euch vor: Stimmt was nicht in Eurem Betrieb, schreibt es auf eine Karte und schickt sie dem GIESSENER ECHO. Wir werden dann gemeinsam mit Euch kämpfen.

## Der Faschismus wird besiegt werden!

Solidarität mit den griechischen Antifaschisten — Zu der Veranstaltung von EDA und DKP

Anlässlich des antifaschistischen Jahrestages in Griechenland (Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus) veranstaltete die Kreisorganisation Gießen der DKP zusammen mit der EDA (Vereinigte Demokratische Linke Griechenlands) am 31. Oktober im Gießener Lahn-Saalbau eine Solidaritätsveranstaltung. An diesem Abend trat eine Tanzgruppe der griechischen Lambrakis-Jugend auf, und Fritz und Christiane sangen Lieder von Theodorakis, Brecht u.a.

Nach einer einleitenden Erklärung der DKP-Kreisvorsitzenden hielt ein griechischer Freund ein Referat über die Ereignisse der letzten drei Jahrzehnte und die heutige Situation in Griechenland. Wegen der Bedeutung dieses Referats für das Verständnis der politischen Verhältnisse in Griechenland drucken wir es hier ab:

„Liebe Freunde und Genossen, auch in diesem Jahr wird der antifaschistische Jahrestag von den griechischen Demokraten in Gefängnissen, in Konzentrationslagern, in der Illegalität und im Exil begangen. Unser Volk unterdrücken heute diejenigen, die damals mit dem Hitlerfaschismus zusammengearbeitet haben, dagegen werden die antifaschistischen Kämpfer verfolgt, unterdrückt und verbannt. Die Kräfte, die das heutige griechische Regime an der Macht halten, sind die gleichen, die den Hitler-Faschismus, Mussolini, Franco und Metaxas hervorbrachten, — die Kräfte des Imperialismus! Deshalb ist es ein Hohn, wenn diese Kräfte heute ebenfalls den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus feiern!

Unser Land, total abhängig vom ausländischen Kapital, wurde unterentwickelt gehalten und war deshalb immer politisch abhängig. Wenn die griechische Reaktion und ihre ausländischen Verbündeten mit demokratischen Mäntelchen und pseudoparlamentarischen Regeln nicht auskommen können, dann bedienen sie sich des offenen Terrors.

Wie heute so herrschte in Griechenland auch damals vor dem Krieg eine faschistische Diktatur, getragen von der griechischen Bourgeoisie, der Monarchie und unterstützt von den englischen Imperialisten. Die Metaxas-Diktatur, seit 1936 an der Macht, liquidierte die demokratischen Organisationen, verbot die Parteien und verfolgte die Demokraten. Das griechische Volk, demoralisiert und seiner demokratischen Institutionen beraubt, war der faschistischen Unterwerfungsideologie ausgesetzt. Unter diesen Bedingungen kam der Angriff der Mussolini-Truppen am 28.10.1940 gegen Griechenland.

Die Metaxas-Regierung war gezwungen, das Mussolini-Ultimatum nach bedingungsloser Kapitulation abzulehnen. Die Gründe dieser Ablehnung waren nicht etwa der Wille der Monarchofaschisten, das Land vor der Aggression zu schützen, sondern der Druck des griechischen Volkes einerseits, das eine Besetzung des Landes durch fremde Truppen nicht ohne weiteres dulden würde, und andererseits die Engländer, die in dem Land den größten wirtschaftlichen Einfluß hatten und sich schon mit den faschistischen Mächten im Krieg befanden. Das Hauptanliegen der damaligen Regierung war,

sich zu retten, sie wollte gegen ihre Gesinnungsfreunde, die italienischen Faschisten, nichts unternehmen, sie wollte nur „ein paar Geschosse abfeuern für die Ehre der Waffen“, wie Metaxas vor Journalisten sagte.

Doch das griechische Volk dachte anders und tat auch anders. Es leistete den Aggressoren echten Widerstand und schickte sie zurück. Beispielhaft für den Widerstandsgeist der Griechen war die Haltung der von den Faschisten gefangengehaltenen Patrioten. Sie batem um Freilassung, um gegen die Aggressoren zu kämpfen. Doch die Regierung hielt sie weiter fest und lieferte im April 1941 nach der Besetzung des Landes durch Hitlerdeutschland 2000 Gefangene den deutschen Faschisten aus.

(Den zweiten Teil dieses Referats bringen wir in der nächsten Ausgabe des GIESSENER ECHO)

Solidarität mit der

Kommunistischen Partei Griechenlands

Im Anschluß an das vorstehende Referat wurde auf der Veranstaltung eine Geldsammlung zur Unterstützung der KPG und ihres Kampfes zur Befreiung Griechenlands vom Faschismus durchgeführt. Die Sammlung erbrachte DM 251,-!

Wenn Sie für den gleichen Zweck noch Geld spenden wollen, dann überweisen Sie Ihren Beitrag bitte auf das Konto der Deutschen Kommunistischen Partei – Kreisorganisation Gießen – Nr. 549 142 bei der Bezirksparkasse Gießen mit dem Vermerk „KPG“.

## NPD verlor Wähler - Naziterror wächst an

In den letzten Tagen wurden in Gießen mit dem faschistischen „W“ (Widerstand gegen Verständigungspolitik) Gebäude (Schulen, Behörden, Universität, Bank für Gemeinwirtschaft, Fußgängerüberweg) verunziert. Damit haben sich in Gießen die Faschisten wieder bemerkbar gemacht, die uns vor kurzem eine Postkarte zustellten mit dem Text: „Gruß aus Würzburg – demnächst auch in Gießen!“.

Wenn einige nach der Wahl des Hessischen Landtages noch glauben, die Gefahr von rechts sei wegen der Niederlage der NPD gebannt, so irren sie sich gewaltig. Längst ist die CDU/CSU, einst Geburtshelfer der neofaschistischen NPD, zum Sammelbecken der Reaktionen geworden.

### Terroranschläge der „Aktion Widerstand“ gegen Arbeiterorganisationen

In der Nacht vom 12. zum 13.11.70 verübten Rechtsextremisten mehrere Anschläge und Überfälle in Nordrhein-Westfalen. In Krefeld schossen sie auf das Büro des Deutschen Gewerkschaftsbundes, eine Filiale der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft und auf die Räume der sozialdemokratischen „Neuen Rhein-Zeitung“. Sie hinterließen ein Schild mit der Aufschrift „W“, dem Zeichen der in Würzburg gegründeten „Aktion Widerstand“.

Im Düsseldorfer Vorort Unterrath verwüsteten sie ein Jugendheim der „Falken“ und steckten es in Brand. An die Stirnwand des großen Versammlungsraumes schmierten sie ein Hakenkreuz und die Aufschrift „Wir sind doch stärker“ und „Das ist erst der Anfang“.

Die Schläger von Frankfurt, der Schütze von Kassel, die Mordhetzer von Würzburg, der Schütze von Berlin – sie alle werden ihre neue Heimat finden. Die in Würzburg riefen „Thadden raus, wir wollen Strauß“, haben erkannt, daß Strauß und seine CSU zum Hort nationalistischer Hetze werden.

„Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“, das ist nicht von Hitler, das sagte vielmehr Strauß am 10.10.70 (lt. Spiegel v. 2.11.70).

Der da heute seine völkischen Ideen, seine Großmannssucht, seine Politik gegen bestehende Grenzen mit der Maschinenpistole durchsetzen will, das ist Strauß mit seiner CSU.

In „Interne Informationen“ des Kölner CSU-Freundeskreises vom 8.6.70 ist zu lesen:

„Der kommende Mann“

„Wir haben in Ausführung der Marburger NPD-Absprache an alle NPD-Sympathisierenden die Parole ausgegeben: Wählt CDU/CSU, stärkt die Opposition, verhilft ihr wieder zur Macht! Franz Josef Strauß ist der kommende Mann – er löst Adolf Hitler nicht ab – er ersetzt ihn auch nicht, er hat aber Führungsqualitäten . . .“ (aus Frankfurter Rundschau v. 9.11.70)

Daß Strauß die Qualitäten des „Führers“ hat, die Bundesrepublik Deutschland in ein neues Chaos zu führen, wird ihm niemand absprechen.

Wir rufen alle Demokraten auf zur gemeinsamen Aktion gegen die neofaschistischen Kräfte von NPD, NLA und CSU. Im Kampf um Demokratie müssen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam mit Lehrlingen, Schülern und Studenten antreten gegen die Gefahr von rechts, gegen alle reaktionären Kräfte in der BRD.

Beschlüsse gegen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten sind verhängnisvoll. Ein solch schwerwiegender Fehler, den die SPD-Führung schon einmal vor 1933 gemacht hat und am 14.11.70 in München wiederholte, kann von jenen Sozialdemokraten, die den Kampf gegen Faschismus und Reaktion mit allen Demokraten führen wollen, nicht widerspruchslos hingenommen werden.

Was soll es, wenn in dieser Zeit, wo die Rechtskreise den Sturz der Regierung Brandt anstreben, führende Politiker der SPD den Kampf gegen die Kommunisten in den Vordergrund rücken. Der Antikommunismus hat stets der Arbeiterbewegung geschadet. Jetzt muß er sich verhängnisvoll auswirken, denn er lähmt die notwendige Abwehr der Angriffe von rechts.

Wir erklären uns bereit, im Kampf gegen Neofaschismus mit allen Demokraten zusammenzuarbeiten.

(Dieser Artikel sollte als Leserbrief in den beiden Gießener Tageszeitungen erscheinen. Die beiden verantwortlichen Redakteure weigerten sich, den vollen Wortlaut als Leserbrief abzudrucken.)



Jungsozialisten für Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten

Als „undemokratisch und rechtswidrig“ verurteilten die südhessischen Jungsozialisten auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz in Frankfurt a.M. das am 14. November vom SPD-Parteirat in München beschlossene Verbot der Zusammenarbeit von SPD-Mitgliedern und Kommunisten. Die Delegiertenkonferenz forderte alle Jungsozialisten auf, „Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten dort zu praktizieren, wo das einer Politisierung der Lohnabhängigen dient“. In einer Entschließung wird festgestellt: „Parteischädigend ist nicht die Zusammenarbeit mit Kommunisten, sondern die Aufrechterhaltung eines für die gesamte sozialistische Bewegung gefährlichen Klimas des Antikommunismus in der BRD.“ Nachdrücklich abgelehnt wurde von den Jusos die Zusammenarbeit von SPD-Mitgliedern mit dem reaktionären Bund „Freiheit der Wissenschaft“ und der „rechten APO“ in einem einstimmig angenommenen Antrag.